

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Leipzig, Postfach 101. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Druck: Auer-Druckerei, Leipzig, Postfach 101.

Telegraphische Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach 101. Leipzig, den 11. Juli 1924.

Nr. 160

Freitag, den 11. Juli 1924

19. Jahrgang

Die Pariser Kompromißkomödie.

Eine Einigung auf Kosten Deutschlands.

Die Pariser Besprechung zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten hat zu einer Einigung der beiden Länder angeführt, die nun mit einem gemeinsamen Programm in die Londoner Konferenz eintrifft werden. Dabei ist in der Hauptsache Macdonald der Gebende und Herriot der Empfänger gewesen. Der englische Ministerpräsident hat seinem französischen Kollegen erhebliche Zugeständnisse gemacht und damit dürfte dessen erschütterte Stellung wieder gefestigt und ein schweres Hindernis für die Bewältigung des Dawesplanes aus dem Wege geräumt sein. Selbst das nationalistiche „Echo de Paris“ muß zugeben, daß Frankreich Erfolge erzielt hat. Allerdings ist Bertinax noch bei weitem nicht befriedigt über den ganzen Dawesplan für sich hält, und er formuliert das Ergebnis der Zusammenkunft mit den Worten: Die Seite von Chequers ist etwas loser geworden, aber sie ist nicht gebrochen. Die für Herriot sich so bedrohlich anlassende Senatsdebatte über die ausländische Politik dürfte also vorübergehen, ohne daß es Poincaré gelingt seinen verhassten Nachfolger und Gegner zu Fall zu bringen.

Das ist aber so ziemlich auch das einzige Erfreuliche an den Ergebnissen der Pariser Aussprache. Denn was das zwischen den beiden alliierten Staatsmännern an tatsächlichen Verhandlungen angeht, so kann es für uns wenig Grund zur Befriedigung geben. Die Einigung zwischen Frankreich und England ist wieder einmal, wie schon so oft, auf Kosten Deutschlands hergestellt worden. Die von Herriot aus fürcht vor der nationalistischen Opposition ausgesprochenen Forderungen der Poincaréschen Politik sind von Macdonald leider in weitgehendem Maße erfüllt worden. Der englische Premierminister hat die grundlegende These seiner Politik, daß das Sachverständigengutachten über den Rahmen des Versailler Vertrages hinausgeht, preisgegeben und infolgedessen auch die wesentlichsten Forderungen Frankreichs anerkennen müssen.

Da von England der Dawesplan nur sozusagen als Ausführungsbestimmung zum Versailler Vertrag anerkannt worden ist, ergibt sich die logische Folge, daß auch die Reparationskommission hinsichtlich darüber entscheiden soll, ob Deutschland sich eine Verletzung gegen den Dawesplan habe zuschulden kommen lassen. Damit wird diesem Instrument der französischen Politik eine neue wichtige Rolle übertragen. Allerdings verhalten sich die Mehrheitsverhältnisse in der Reparationskommission ein wenig durch den Eintritt des amerikanischen Mitgliedes, das die Interessen der amerikanischen Darlehensgeber wahrnehmen soll. Bisher hatte Frankreich den entscheidenden Einfluß in der Reparationskommission. Da die Stimmen Frankreichs und Belgiens infolge der ausschlaggebenden Gewalt der französischen Prästivalstimme immer das Übergewicht über diejenigen Englands und Italiens hatten. Durch die hinzukommende amerikanische Stimme würde also das Gleichgewicht in der Reparationskommission einigermassen wiederhergestellt. Trotzdem eröffnet diese Lösung für uns keine erfreulichen Aussichten, da die Mitglieder der Reparationskommission sich bisher immer als würdige Vertreter des Poincaréschen Geistes gezeigt haben und Herriot hier bisher keinen Personalwechsel vorgenommen hat.

Das größte Befremden aber und den stärksten Protest Deutschlands muß der Punkt 4 des Abkommens hervorrufen, wonach die Reparationskommission, und zwar ohne amerikanischen Beobachter, festzustellen hat, wann der Dawesbericht von Deutschland zur Durchführung gebracht worden ist. Damit ist allen Schranken gegenüber Deutschland Tür und Tor geöffnet. Nach den Verhandlungen von Chequers sollte ein bestimmter Termin festgesetzt werden, an dem Deutschland den Dawesplan in Kraft zu setzen hätte und ein damit zusammenhängender Termin, an dem die wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands wiederhergestellt werden müßte. Es war also etwa so gedacht, daß 14 Tage nachdem Deutschland seinen Verpflichtungen nach dem Dawesplan nachgekommen war, auch Frankreich und Belgien die wirtschaftliche Situation des besetzten Gebietes vornehmen müßten. In dem Pariser Abkommen steht eine feste Bindung zwischen diesen beiden Terminen und damit die Garantie für Deutschland, daß auch Frankreich und Belgien ihre Verpflichtungen promptly erfüllen werden.

Somit, aber nicht am letzten Tag noch die auf die letzten verbleibenden Punkte zu sprechen, daß

Deutschland in den Beratungen in London nicht hingezogen

werden soll, sondern daß man offenbar beabsichtigt, ihm das fertige Protokoll zur Unterschrift vorzulegen. Damit wären wir nämlich wieder bei der Diktatpolitik Poincaréscher Musters angelangt. Die Alliierten haben zu beschließen und Deutschland zu gehorchen. Es ist merkwürdig, daß Herriot und Macdonald nicht leibhaftig einsehen, in wie schreiendem Gegensatz ein derartiges Verhalten zu den von ihnen so oft und so feierlich proklamierten Grundsätzen steht. Die Reichsregierung wird mit vollem Nachdruck darauf hingewirkt haben, daß Deutschland bei den Londoner Beratungen nicht zu Wort kommen soll. Der Text des Pariser Memorandums selbst gibt dazu eine gewisse Handhabe, da in den Punkten 4b und 4f ausdrücklich von den „beteiligten“ Regierungen die Rede ist, während an anderen Stellen von den interalliierten Regierungen gesprochen wird. Es wird aber niemand bestreiten können, daß auch Deutschland an der Durchführung des Dawesplanes „beteiligt“ ist.

Deutschland wird vielleicht umso eher auf einen gewissen Erfolg bei seinen Bemühungen, in London gehört zu werden, rechnen können, da man in Paris offenbar die Rechnung ohne den amerikanischen Geldgeber gemacht hat. Schon jetzt wird, wenn auch in vorsichtiger Form, aus Washington gemeldet, daß die Vereinbarung über die Beteiligung eines amerikanischen Vertreters an der Reparationskommission für Amerika unannehmbar ist. Damit wird eines der wichtigsten Stücke aus dem englisch-französischen Abkommen herausgerissen und die ganze Frage „von neuem aufgerollt“. Man darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß die Londoner Konferenz, nachdem der von Poincaré entfesselte Entrüstungssturm in Frankreich sich gelegt hat, unter Mitwirkung der Vertreter Amerikas noch manche Veränderung an dem unerfreulichen Bilde bringen wird, das in Paris entworfen worden ist.

Enttäuschung in Berlin.

Berlin, 10. Juli. In den Regierungskreisen herrscht über die Pariser Beschlüsse eine lebhaftige Enttäuschung vor, weil die deutschen Wünsche bezüglich der Hinzuziehung zur Konferenz mit keinem Worte Erwähnung finden. Obwohl die Alliierten zuvor erklärten, daß ohne deutsche Mitarbeit auf der Konferenz Deutschland über den Friedensvertrag hinausgehende Verpflichtungen nicht zugemutet werden könnten. Mit allem Nachdruck müßte erklärt werden, daß von deutscher Seite niemals ein zweites Versailler Diktat unterschrieben werden würde. Von deutscher Seite wird man sich auf jeden Fall mit aller Kraft dagegen wehren, daß ohne Deutschlands Hinzuziehung beschlossen wird, wie die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik wiederhergestellt werden soll.

Besonderes Interesse gewinnt die Pariser Warnung, daß die drei Gegenstände, die die Grundlage des ganzen Gutachtens bilden, jetzt ihrer Vollendung entgegenstehen und der Zeitpunkt herannaht, an dem Deutschland seine selbstverständlichen Forderungen durchzusetzen hat, über die die Experten sich in ihrem Bericht ausgesprochen haben. Diese Forderungen hängen samt und sonders mit dem besetzten Gebiet, seiner Wertschätzung, von der Kräfte der brutalen Gewalt, der Wiedergabe seiner Bewohner in kulturwürdige Zustände zusammen. Die Besprechungen zwischen den englischen und französischen Premierministern haben aber alle diese Fragen alles andere als Klarheit gebracht. Die schwere Gefahr, daß hier Deutschlands Interesse auf nachteiligste Weise beeinträchtigt werden, ist nicht zu verkennen. Ist das Hauptziel nicht vollkommen frei zur Verfügung der deutschen Regierung gestellt, so kann eine Ausführung des Sachverständigengutachtens für Deutschland einfach nicht in Frage kommen.

Die deutschen Expertengesetze erneut verlangt.

Paris, 10. Juli. Auf Grund der Ergebnisse der Pariser Ministerbesprechung sind die Boten des Reichs und Großbritanniens in Berlin beauftragt worden, unverzüglich ihre Demande im Ausdrücklichen Amt vorzulegen in Sachen einer beschleunigten Vorlegung der deutschen Gesetze zur Vollziehung des Dawes-Gutachtens.

Frankreich denkt nicht an die Räumung des Ruhrgebietes.

Das „Echo de Paris“ meldet, die nach dem Rücktritt und dem Abzug des besetzten Gebietes gehenden fran-

zösischen Abziehungsstruppen sind bis zum 31. Oktober bestimmt. Die Eisenbahnstruppen sind zufolge Anordnungen des Kriegsministers bis zu einem Drittel zu ergänzen.

Die Pariser Vereinbarungen für Amerika unannehmbar

London, 10. Juli. (APB.) Laut Bericht aus Washington, einige amerikanische Regierungsvertreter erklärten, wenn sie auch mit ihrem offiziellen Kommentar zurückhalten, bis vollständige Informationen vorliegen, daß die Vereinbarungen zwischen Macdonald und Herriot, durch die die Vereinigten Staaten eine volle Stimme in der Reparationskommission in Zusammenhang mit der Anwendung des Dawesberichts erhalten würden, für den amerikanischen Standpunkt unannehmbar seien.

Skandaliszenen in der französischen Kammer.

Paris, 10. Juli. In der französischen Kammer kam es gestern aus Anlaß der Aussprache über die Räumungsfrage zu wilden Szenen. Die Opposition veranlaßte ärmliche Kundgebungen gegen Gailly und Malvy. Die Vertreter der Mehrheit wurden ständig in ihren Darlegungen unterbrochen. Als der General de St. Just eine Geste machte, als ob er auf Malvy ein Gewehr abdrückte, konnte die Sitzung keine Grenzen mehr. Der Sozialist Mautel führte, von 20 Abgeordneten der äußeren Linken begleitet, auf die Bänke der Opposition los. Es kam zu einem regelrechten Handgemenge. Einem Abgeordneten wurde der Kragen abgerissen, ein anderer erhielt Schläge ins Gesicht und blutete aus der Nase. Die Sitzung wurde sofort unterbrochen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung hielt der Kommunist Marty eine lange Rede, in der er verlangte, der Amnestie-Erlass solle auf alle ohne Unterschied angewendet werden. Redner ergab sich in heftigen Anklagen gegen eine Reihe von Generalen, die er beschuldigte, daß sie sich während des Krieges Gevorkommen schulden haben lassen. General Rollet protestierte. Schließlich wurde beschlossen, die Sitzung auf morgen zu vertagen.

Kleine politische Meldungen.

Der letzte Akt der Militärkontrolle.

Dem deutschen Botschafter ist die Antwort der Botenkonferenz auf die deutsche Note in der Militärkontrollfrage übermittelt worden. Sie nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die deutsche Regierung sich mit der geforderten allgemeinen Revision einverstanden erklärt. Bei aller Rücksicht auf die Notwendigkeit möglicher Beschleunigung der Kontrolloperationen wünscht jedoch die Konferenz, sich auf den 30. September als Schlußtermin der Kontrolle nicht festzulegen. Die Kontrolloperationen werden am 20. Juli beginnen.

Ministerialrat Schneider freigesprochen. Der Prozeß gegen Ministerialrat Schneider wegen der gefälschten Registerkarten endete mit einem in allen Punkten völligen Freispruch für Schneider. Im überfüllten Saale herrschte bei der kurzen Verkündung durch den hohen englischen Gerichtshof atemlose Stille. Der englische Legalassessor Gatschouse, der den Freispruch mitteilte, begrüßte am Schluß in vornehmer Weise Schneider und seinen Verteidiger, den Schweizer Bartholomäus, aufs herzlichste.

Russische Gelder. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ meldet, daß in Würzburg, im Anschluß an die kürzlich abgehaltenen Reichs-Frauentagung der Deutschen demokratischen Partei, drei Teilnehmerinnen, die am vergangenen Sonntag einen Ausflug in die Umgebung der Stadt machten, bei welcher Gelegenheit sie das schwarz-rot-goldene Abzeichen trugen, von mehreren polnischen Studenten überfallen und mit einer Vitriollösung überschüttet worden seien. Die Damen hätten schwere Wunden davon getragen, ihre Kleider seien von der Säure zerstört worden. Die Täter seien entflohen.

Österreichischer Hochverrat. Der Führer der bayerischen Deutschnationalen Dr. Hilbert gab im Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtages folgende Erklärung ab: Österreichischer Hochverrat vom 8. November war zweifellos Hochverrat. Wenn man sagt, daß es eine Reaktion gegen den Hochverrat von 1918 gewesen sei, so ist das nicht richtig. Die Schaffung des jetzigen Staates ist kein Hochverrat gewesen, sondern sei geschehen in der Ausübung des höchsten Rechtes des Volkes; sein Schicksal selbst zu bestimmen. Wer sich gegen diese Verfassung mit Waffengewalt erhebt, handelt nicht in berechtigter Reaktion, sondern er handelt gegen das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes und erhebt sich gegen den Staat. Das nennt man eben Hochverrat.

Kündigung der Umfassung unmöglich. In der zweiten Finanzministerkonferenz in Berlin, die am 10. Juli begann, erklärten wir, daß der Reichsfinanzminister den Bundespräsidenten die Verlegung eines neuen Steuerprogramms zugesagt hat. Eine Kündigung der Umfassung, wie sie schon

Sie in der Öffentlichkeit mehrfach gefordert wurde, bezeich- net der Reichsfinanzminister als zur Zeit unmöglich.

Das demokratische Präsidentschaftskandidat.

Wahltag, 9. Juli. John W. Davis, der frühere amerikanische Botschafter in London, wurde heute nach- mittag vom demokratischen Kandidat zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten nominiert. Die Wahl findet am 2. November statt. Sein republikanischer Gegner in dem entscheidenden Wahlkampf wird der jetzige Präsident Coolidge sein, der vom republikanischen Partei- konvent zum republikanischen Präsidentschaftskandi- daten wieder nominiert wurde. Die Nominierung Davis' erfolgte als Ergebnis des erbitterten und längsten Parteikonventkampfes in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Steuerfragen vor dem Landtag.

Wie stark belastet das Sachverständigengutachten die sächsische Wirtschaft?

Präsident Winterer eröffnet die 103. Sitzung am Donnerstag, den 10. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Minister des Innern Müller eine Erklärung ab, die die gestrigen Ausführungen des Abg. Biller über die nächste Unruhe in Dresden richtigstellt. Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 4. Juli 1923 über die Ausgabe von Roggenrentenscheinen durch die Landwirtschaftsbank sowie der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über Holzschläge und Wiederan- forschungen in nichtstaatlichen Wäldungen werden ohne Aussprache angenommen. Die Vorlage über die Abänderung des Beamtenbeoldnungsgesetzes wird in sofortige Schlussberatung genommen.

Abg. Schirch (Soz.) weist als Berichterstatter darauf hin, daß der Besoldungsausschuß sich bereits mit der Vorlage befaßt hat und einmütig die Ueberzeugung zum Ausdruck brachte, daß die Neuordnung unzulänglich sei. Man sei sich bewußt, daß eine Erhöhung der sächsischen Beamtengehälter sofort den Widerstand des Reichsfinanzministers herausfordern werde. Der Besoldungsausschuß beantragte deshalb, der Landtag wolle beschließen, durch die Staatsregierung die Reichsregierung zu ersuchen, schnellstens einen Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Besoldungsordnung vorzulegen. Es ist dabei zu fordern, daß den untersten Gruppen unbedingt das Lebensnotwendige gegeben wird, andererseits aber auch das Leistungsprinzip Anwendung findet, damit allen Beamten ein Ansporn zum Vortrittsstreben gegeben wird.

Von kommunistischer Seite wird Streichung der drei untersten Besoldungsgruppen verlangt. Dieser Antrag wird abgelehnt. Der Gesetzentwurf findet mit dem Antrag des Besoldungsausschusses Annahme.

Der Gesetzentwurf zur Verringerung des Umzugskosten- gesetzes vom 28. April 08, der diese Frage in Anpassung an die Reichsgröße neu regelt wird angenommen. Der Entwurf eines Gesetzes über Neuregelung der staatlichen Ruhestands- und Hinterbliebenenbezüge, der früher kirchennützlich tätig gewesenenen Volksschul- lehrer auf den Reichsausschuß verwiesen mit der Mahnung, daß die Regierung nötigenfalls die entspre- chenden Maßnahmen durch Rechtsverordnung regelt.

Die Vorlage über Unterstützung der durch das Hoch- wasser in der Oberlausitz Geschädigten kommt in sofortiger Schlussberatung zur Annahme.

Weiter steht zur Beratung das Gesuch des Stadtrats zu Delitzsch im Erzgebirge, um wegen einer Beihilfe von 500 000 Mark für Wohnungsbauzwecke anlässlich der Bergschadenskatastrophe. Der Ausschuß ist zu der Ueber- zeugung gelangt, daß die Gelder nur für den Wohnungs- bau verwendet werden dürfen. Eine Reparatur der Straßen empfiehlt sich gegenwärtig nicht, da mit weite- ren Einkürzen gerechnet werden müsse. Der Ausschuß-

antrag von ein Vorlesen von 350 000 Mark für die ge- samten Werke vorliest, findet Annahme.

Über Kapitel 30 des ordentlichen Etatsbudgets be- züglich der.

Abgaben und Landesvermessungen

Bericht des Abg. Müller (D. Sp.). Der Minister bittet den Finanzminister, bei der Reichsfinanzverwaltung, mit al- ler Energie durchzudringen, daß mit den unglaublichen Steuerberechnungen endlich ein Ende gemacht wird. Sachsen bekommt nicht einmal 10 Prozent der Einkom- mensteuer und nicht ganz 8 Prozent der Körperschafts- steuer. Es würde nicht richtig sein, die gesamte Steuer- verwaltung reiflos auf das Reich zu übertragen. Das würde große Ersparnisse für die Steuerzahler mit sich bringen.

Finanzminister Dr. Reinhold: Das Finanzmi- nisterium teilt die Ansichten des Vorredners vollstän- dig. In einer mündlichen Besprechung mit dem Reichs- finanzminister vor zwei Tagen sei erreicht worden, daß der Modus der Schlüsselanteile geändert werde. Wie werden nicht eher rufen. Bis die Ungerechtigkeit, unter der Sachsen leidet, beseitigt worden ist. Man rede vor einer durchgreifenden Verringerung der Steuern- oration und es sei nicht tunlich, jetzt noch irgendwelche Maßnahmen zu treffen, die vielleicht bald wieder aufgehoben würden.

Der Ausschussantrag findet einstimmig Annahme. Auch die folgenden Punkte der Tagesordnung be- treffen

Steuerfragen

Die Deutschnationalen hatten feinerzeit den Antrag gestellt, daß die Bewertung der Warenbestände und Ein- lagen auf Grund von § 11 des Gewerbesteuergesetzes nach dem Goldwerte zu Anfang und zu Ende des Ver- anlagungsjahres zu erfolgen habe.

Abg. Bethle (Soz.) schlägt namens des Rechtsan- walters vor, den Antrag abzulehnen, da er überholt sei.

Zwei weitere Anträge der Deutschnationalen wer- den von dem Abg. Schreiber begründet. Die Regierung wird ersucht, eine Vorlage an den Landtag zu bringen, nach der § 10 des Grundsteuergesetzes und § 6 des Ge- werbesteuergesetzes dahingehend geändert werden, daß rückwirkend auch den Einkräftigen solcher Steuerzahler stattzugeben sei, deren vierte Teilzahlung den Betrag von 25 Mark nicht übersteigt, ferner, daß die unsozial wirkende Grundsteuer in einheitlicher Höhe von 30 M. befestigt wird. Der andere Antrag fordert die unsozial wirkliche Vorlegung der bereits früher zugesagten Gese- ztentwürfe über Abänderung des Grundsteuergesetzes und des Gewerbesteuergesetzes.

Finanzminister Dr. Reinhold hält es für un- tunlich noch nachträglich eine neue Reklamationsfrist für den zurückliegenden Termin der Gewerbesteuer ein- zuführen. Seit dies aber hinsichtlich der Grundsteuer an- eine entsprechende Verordnung sei heute bereits erschienen. Man befinde sich in Deutschland in einem Zustande, den man als steuerliche Ueberlastung aller Volksschichten bezeichnen könne. Die Steuern seien neben- und durcheinander. Das habe zu wirtschaftlich nicht tragbaren Verhältnissen geführt. Es sei an der Zeit, daß sofort nach Erledigung des Sachverständigengut- achtens eine generelle Neuordnung des deutschen Steuer- wesens durchgeführt werde. Diese Steuerregelung werde noch im Jahre 1924 erfolgen.

Wenn das Sachverständigengutachten Gesetz wird, dann müsse Sachsens Industrie und Gewerbe allein auf dem Wege der Obligationsteuer mit 30 Millionen Mark belastet werden. Die neuen Steuern müssen daraufhin geprüft werden, ob sie auf die Produktion hemmend oder fördernd wirken und ob sie einen Wettbewerb der deutschen Industrie in der Welt erlauben. Wir leiden gegenwärtig unter Steuern, die außerordentlich produktionshemmend wirken und die Lebenshaltung weiterer Volksschichten ver- teuern. In Zukunft werden die Einkommens- und Ver-

mögensteuern wieder voll und ganz dem Einkommen folgen müssen. Danach ist nur bei erheblichen Bedenken zu be- raten. Das sächsische Finanzministerium macht es sich keine Mühe, im Einklang mit dem Reich an eine Neuordnung des sächsischen Steuerwesens heranzutreten. Die Gewerbe- und Grundsteuer wird genau da- durch Verringerung unterzogen werden.

Nach weiteres Aussprechen, an der sich die Abg. Berg (Dnl.), Dr. Kötner (Dem.), Müller (D. Sp.), Müller (D. Sp.), Gladmann (Soz.), Berg (Kant.) be- teiligten, wurden die Anträge an den Reichsausschuß überwiesen. Dann wird das Gesetz über den Staatshaus- halt auf das Rechnungsjahr 1924 auf Antrag des Abg. Dr. Behne (Dem.) einstimmig beschlossen.

Mit Dankworten des Präsidenten wird Sitzung des Landtag bis Ende Oktober vertagt.

Von Stadt und Land.

Am 11. Juli.

Große Ferien!

Was ist das für ein wohnsames Hauswort und wie umfangt es Groß und Klein mit einem Gefühl leuchtender Hoffnungen, prächtiger Freizeitsgedanken — Ferien! Heute nehmen sie bei uns im Sachsenlande ihren verheißungs- vollen Anfang. Abgeschüttelt wird der Schulhaud. Auf Wochen darf man ausspannen. Man hat das gute Recht, auf eine tüchtige Erholung anzugehen, und es kommt das so wie von selbst, denn diese Sommerferien gehören zum Schulwe- sen, wie die Sonne zur Natur. Und diese beiden wichtige- nanten Dinge werden wiederum in den Ferien selbst reich- lich gewährt und gesüßt. Man setzt sich nach Licht und Luft, nach stimmungsvoller Landschaft, nach einem Auf- und Ausatmen an irgendeinem hübschen Fleckchen deutscher Erde. Auch wer nicht weit fortgehen kann, hat doch einen prächtigen Truggefühl, das in Goethes Liedlein in den Worten zum Ausdruck kommt: „Woh ergreift, ich weiß nicht wie, hinträgliches Sehnen!“ Wünschen wir also allen Ferien- reisenden eine glückliche Reise, einen wohlbesetzten Tisch, ein Bett, das ihnen und der Ernte gleichermaßen gerecht wird, und zu alledem die gute Laune, die auch Unannehmlichkeiten auf der Reise mit Humor ertragen hilft. Schließlich nimmt ja jeder Reisende den einen guten Trost mit: Wenn gar nicht nach Wunsch geht, dann kann er jederzeit in die offenen Arme der Heimat zurückkehren, wo man die Ferien ebenso behaglich und — billiger verleben kann.

Sächsischer Lebenshaltungszweig. Nach den Preisfest- stellungen vom 9. Juli 1924 sind vom statistischen Landes- amte folgende Preisziffern der Lebenshaltungskosten (1913/14 gleich 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Beleuchtung, Heizung, Wohnung und Bekleidung) 1,273 Bil- lionen. Gesamtindex ohne Bekleidung 1,250 Billionen. Am 2. Juli 1924 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 1,227 Billionen und ohne Bekleidungskosten 1,194 Billionen. Vom 2. bis 9. Juli 1924 sind mit der Preise der bei den Teuerungstatistik berücksichtigten Güter um 3,7 bzw. 4,7 v. H. gestiegen.

Jugend- und Hinterbliebenenversicherung. Die Landes- versicherungsanstalt beschäftigt, von kommender Woche ab in hiesiger Gegend Beitragskontrolle ausüben zu lassen. Arbeitgebern, die mit der Kartenverwendung im Rückstand sind, wird angetragen, diese zur Ermittlung von Beitragsrückständen nachzusehen. Die Prüfungsbüros, Lohnbücher usw. sind zur Prüfung bereitzuhalten.

Baldwanderer des Erzgebirgsvereins. Es ist höchst an- erkennungswert, daß die Erzgebirgs-Zweigvereine zum Aus- gleich der Standesunterschiede und vor allem zur Werbung und Festigung der Heimatliebe, die Mitglieder der Zweigvereine Wanderungen in die Höhe und Ferne unserer schönen Heimat unternehmen. So wird auch nächsten Sonntag der Erzgebirgs- verein eine herrliche Baldwanderung unternehmen. Von Blauenhof geht es durch das schöne Große Bodental nach Mühlenthal, Carlseck und Schönheiderhammer. Die zurück- zulegenden fünf Wanderstunden werden durch mehrere längere Ruhepausen auf den ganzen Tag verteilt. Rüge schönes Wetter den Ausflug begünstigen. Glückauf!

Die Missionarierkirche, die in der zu Ende gehenden Woche im Schneberger Kirchort gefeiert wurde, findet

Das Chamäleon.

Von Sven Elvevad.

Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer. (45. Fortsetzung.)

„So genau vor zehn Jahren. Er hinterließ mir einen versiegelten Brief, der erst zehn Jahre nach sei- nem Tode geöffnet werden sollte, und dessen Vorhan- densein ich auf das strengste verpflichtet war, geheim zu halten. Vor zwei Tagen war die Frist abgelaufen, ich habe den Brief geöffnet und das Testament gefunden.“

„Und jetzt ist es gestohlen?“

„Ja, jetzt ist es gestohlen.“

Der Pfarrer deutete auf eines der Fenster, das ein- gedrückt war.

„Da ist der Dieb hereinkommen,“ sagte er.

„Aber wer kann sich einen Nutzen davon verspre- chen, das Testament zu stehlen?“ fragte Deutnant Ro- senkrantz betäubert.

„Niemand als der General,“ erwiderte der Pfarrer, „und Sie begreifen wohl, daß von dem nicht die Rede sein kann. Fräulein Luise ist ja sowieso keine einzige Erbin. Aber Ingenieur Stener behauptet, es seien doch Leute vorhanden, die sich einen Nutzen davon ver- sprechen, wenn sie das Testament in Händen haben.“

„Nicht es in Händen haben,“ berichtete der In- genieur rasch. „Ich habe ausdrücklich gesagt, die sich einen Nutzen davon versprechen, das Testament zu ver- nichten.“

„Dann muß dieses Unglück ja schon eingetreten sein,“ sagte Rosenkrantz. „Ein Papier ist doch so leicht zu vernichten. Ich sehe aber immer noch nicht ein, daß damit ein großer Schaden gesehen wäre. Fräulein Luise kann wohl kaum die Absicht haben, den General von dem Gute zu verjagen.“

„Sie besitzen ja Märgen,“ sagte der Ingenieur kalt. „Können Sie sich vorstellen, daß kein Mord sein. Allein hier liegen Umstände vor, die Sie nicht kennen.“

„Gut, dann werde ich hierüber nichts mehr sagen. Wer ich werde alles tun, um den Dieb zu enttoden.“

Der Ingenieur griff zum Telefon.

„Ich glaube trotz allem, es ist am besten, den Dieb- stahl dem Vagat anzumelden,“ sagte er. „Derartige muß in den gesetzlichen Formen gemacht werden.“

„Sehr richtig,“ pflichtete Rosenkrantz bei. „Ich habe immer sagen hören, Sie seien ein korrekter Mann.“

„Aber gerade, als der Ingenieur anfangen wollte, wurde angeschlossen, und er ergriff den Hörer. Gleich darauf sagte er:

„Ja, hier ist Ingenieur Stener.“

Danach: „Nun, was wollen Sie?“

Man hörte das schwache Summen einer Stimme im Telefon.

Es mußte eine wichtige Nachricht sein, die der In- genieur erhalten hatte, denn er wurde merklich bleich.

Reumühdrehtiges Kapitel.

Der Mann mit der Maske.

Wichtig hörte man den Ingenieur erregt ins Tele- phon hineinsprechen:

„Wiederholen Sie das noch einmal.“

Wieder wurde das schwache Summen einer Stimme vernehmbar, und das Gesicht des Ingenieurs wurde noch viel ernster. Er schloß die Unterredung mit den Worten: „Schließen Sie alle Tore. Lassen Sie keinen Menschen aus der Fabrik hinaus. Ich komme sofort.“

„Nach hängt er den Hörer an und griff nach seinem Hut.“

„Was ist los?“ fragte Fräulein Luise ängstlich. „Es muß gewiß etwas Schlimmes geschehen sein. Sie sehen so blaß aus, Herr Stener.“

„Woher wurde telephoniert?“ fragte Rosenkrantz. „Aus der Fabrik?“

„Ja.“

„Ich weiß, der Dieb ist auch dort gewesen!“

„Ja,“ erwiderte Stener. „Woher konnten Sie das wissen?“

„Weil ich es weiß,“ sagte der Deutnant.

Ingenieur Stener legte den Hut langsam wieder auf den Schreibtisch. Dann ging er auf Rosenkrantz zu und schaute ihm in die Augen.

„Dann wissen Sie mehr von dieser Sache als ich selbst.“

„Ja, ich weiß mehr davon als Sie.“

Mehrere Sekunden herrschte eine eigentümliche Stille; die vier Menschen schauten einander an. Der Pfarrer war verblüfft, Fräulein Luise verwirrt, und Ingenieur Stener musterte Rosenkrantz mit verdächtigem Blick.

„Nun müssen Sie sich näher erklären, Herr Deutnant,“ bat Fräulein Luise. „Wir ahnen ja gar nichts; dies alles ist uns ein unerklärliches Rätsel.“

„Und zu dem Ingenieur gewandt, fragte sie:

„Was ist gestohlen worden?“

„Der Maske ist erbrochen, und die Ma- schine ist fort,“ antwortete der Ingenieur.

„Die Maske?“

„Ja. Jetzt ist das Testament fort und die Maske sind auch fort; unser Heind hat ganze Arbeit gemacht. Hatte ich nur eine Ahnung, von seinem Vorhandensein gehabt!“

„Ist es wirklich von Wichtigkeit, daß diese Maske wieder zur Stelle kommen?“ fragte Rosenkrantz. „Sow sehr großer Wichtigkeit?“

Der Ingenieur führte ihn ans Fenster und zog den Vorhang zurück.

„Sehen Sie diesen Betrieb,“ sagte der Ingenieur. „Die Fabrik beschäftigt jetzt schon vierhundert Menschen und hat die besten Maschinen für die Zukunft. Wenn alles gut geht, kann sie in drei Jahren tausend Arbeit- ter beschäftigen. Das ist von großem Wert, nicht allein für den hiesigen Distrikt, sondern auch für ganzes Land.“

„Sie ist hat uns dieser Betrieb vier Millionen gekos- tet; wir sind bereit, noch vier Millionen zu zahlen, und wenn die verbraucht sind, haben noch andere Mil- lionen zu unserer Verfügung.“

(Fortsetzung folgt.)

Am kommenden Sonntag ihren Abschluss in einem Missionssonntag in Aue. Eingeleitet durch eine Messe am Sonnabend...

Erhebung der Telephongebühren. Vom Verband Sächsischer Industrieller wird und geschieht: Die gegenwärtig noch geforderte kurzfristige Begleichung von Telephongebühren...

Erhöhung der Sozialrenten? Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten nahm einen Antrag an, wonach vom 1. August ab...

Turnen, Sport und Spiel.

Deutsche Turnerschaft - 14. Graabergsturntag. Unter Hauptpatronat am 27. Juli in Lauter wird im allgemeinen wie folgt durchgeführt: Sonnabend Nachmittag...

Des Schwimmverband Kreis 7 wird am Sonntag, den 13. Juli 1924 nachmittags im städtischen Freibade das Freizeitsportspiel im Wasserball zum Austrag bringen.

Radrennen mit Automobilführung. Anlässlich des Großen Preises von Europa bringt der Automobil-Club von Frankreich ein internationales Radrennen mit Automobilführung zur Ausschreibung.

Von den Auer Lichtspielbühnen

Caroiattheater-Lichtspiele. Eddie Polo - ein Name von nie verlassender Lust für alle Kinofreunde ist das. Eddie Polo auf der weissen Wand erscheint, da stellen die Zuschauer sich ein, als ob ein Magnet sie anziehe.

Polo ist ein Typ für sich, der in seiner Person wie in seinen Leistungen alles in sich vereint was Vielen als Ideal gilt: Mut, Entschlossenheit, Todesverachtung und - Sensation.

Wildeheit. Industrieausstellung. In der Zeit vom 19. bis 28. Juli findet hier eine Ausstellung sämtlicher Industrieerzeugnisse statt. Die Erzeugnisse sind vom Rohstoff an bis zum Fertigfabrikat ausgestellt.

Kuerbach i. B. Explosion. Im hiesigen städtischen Elektrizitätswerk explodierte ein 10000-Volt-Schalter, wobei sich der in der Nähe deschaltigte Monteur Schönfuß aus Felsfeld sehr gefährliche Brandwunden zuzog.

Kalkstein i. B. Ueberfall. - Kirchensteuer-ausschuss. Am Dienstagnachmittag wurde auf dem Schützenfestplatz hier eine geistig nicht ganz normale junge Frauensperson von zwei Männern angesprochen...

Blauen. Schweres Automobilunglück. Der Fabrikant Oskar Schlicher aus Grell kam gestern abend mit seinem Auto von Regensburg über Hof und wollte über Blauen nach Grell fahren.

Sab Elster. Todesfall. Am Mittwoch früh verstarb plötzlich nach schwerem Leiden der Herausgeber des Anzeigers für Sab Elster, Buchdruckereibesitzer Max Riegler.

Koba. Weib im Land. Im Frühjahr dieses Jahres wanderten von hier drei Familien, nachdem sie ihre ganze Habe veräußert hatten, nach Argentinien aus.

Meuselwitz. Der Todesritt zum Schützenfest. Beim Ausreiten zum Schützenfest im Nachbardorfe Beelen führte der Buchhalter Ernst Seifert aus Rechen so unglücklich vom Pferde, daß er tot liegen blieb.

Leipzig. Eine angebliche Marie Gabriel aus Altwasser, 81 Jahre alt, die ein Ausländer bei seiner Ankunft vor einigen Tagen im Hauptbahnhof kennengelernt hatte...

Strehen. Der Bureaumatismus. Diese spezifisch deutsche Einrichtung ist von den Behörden schon oft totgesagt worden. Aber leider hört man immer wieder, daß er sein Haupt noch aus dem Sarge steckt.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Interpellationsdebatte im französischen Senat.

Poincare verurteilt seine Politik. Paris, 10. Juli. In der heutigen Senatsitzung begann die Beratung der Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung, die am Dienstag vor sich gehen sollte...

behandelte die Frage der Tagesordnung der Landtagssitzung. Er erklärte, der Plan enthalte Socialis, fordere aber französischerseits Opfer, und wenn man dies bringe, habe man die Berechtigung zu fragen, ob man sicher sei, daß Deutschland seine Verpflichtungen...

Poincare führte aus, er glaube nicht, daß noch eine andere Außenpolitik getrieben werden könne, als die, die seine Regierung 2 Jahre hindurch getrieben habe. Er bedauere vor allen Dingen, daß man nicht das Reparationsproblem zu gleicher Zeit mit dem Kriegsschuldenproblem behandeln könne.

Mehrere hundert Tote in Sao Paulo. Reuypork, 10. Juli. Die letzten Meldungen aus Rio de Janeiro besagen, daß die brasilianischen Regierungstruppen der Revolte in Sao Paulo noch nicht völlig Herr geworden sind.

Messina, 10. Juli. Kurz nach Mittag brach in einer Schule Feuer aus, das sich bald auf die Karmeliterkirche und das Gymnasium ausbreitete. Später griffen die Flammen auch auf Hofhäuser über, von denen trotz Eingreifens der Feuerwehr und Truppen etwa 100 zerstört wurden.

Neues aus aller Welt.

Schlägeri in einer Stadtverordnetenversammlung. In wäلتen Tumulten sahen es am Sonnabend in der Stadtverordnetenversammlung in Schneid dem übli, als gelegentlich der Besprechung einer deutschösterreichischen Anfrage über Freistellung ausgewandeter Östjuden in Schneid dem übli der deutschösterreichische Stadtverordnete Röhler den sozialdemokratischen Stadtverordneten Schippa reizte...

Zur Werdassäre Daermann. Vom preussischen Ministerium des Innern sind mehrere Beamte der Polizeibehörde mit dem besonderen Auftrag nach Hannover geschickt worden, die gesamten Maßnahmen der Polizei in der Werdassäre Daermann, insbesondere nach der kriminaltechnischen Seite hin einer genauen Nachprüfung zu unterziehen.

Das 41er Denkmal in Litzist umgerissen. In Litzist ist von ruchlosen Händen ein Bubenstück ausgeführt worden, das einmütige Verurteilung und tiefe Entrüstung bei jedem anständig denkenden Menschen hervorrufen muß. Man hat das Denkmal für die Gefallenen des Infanterie-Regiments 41, das vom Verein ehemaliger 41 errichtet und vor einem Jahr im Schützenarten unter großer Anteilnahme der Bevölkerung geweiht wurde, mit brutaler Gewalt vom Sockel gerissen...

100 000 Rentenmark bei der Reichsbank unterlagern. Nach Unterschlagung von 100 000 Rentenmark zum Nachteil der Reichsbank ist laut „Lokalanzeiger“ der Reichsbankangestellte Fritz Kelle aus Hannover festgenommen worden. Eine Rudersfabrik eingekerkert. Wie die Prager „Bokemia“ meldet, ist in Odöbina die Rudersfabrik in Flammen aufgegangen. Der Schaden beträgt ungefähr 40 Millionen Kronen.

Der Verbrecher im Schornstein. Aus Berlin wird gemeldet: Polizeibeamte, die auf der Suche nach einem aus dem Buchhause in Briesig entflohenen gewerkschaftlichen Einbrecher waren, entdeckten bei der Durchsichtung eines Raumes, der früher zu einer Druckerlei gedient hatte, vor der Öffnung des Schornsteins Ruß auf dem Fußboden. Da sie vermuteten, daß der Verbrecher im Schornstein versteckt sei, riefen sie durch die Öffnung, er solle herabsteigen. Als sie keine Antwort erhielten, begaben sich einige Beamte nach oben und gossen einige Eimer Wasser in den Schornstein. Als auch

